

Protokoll:

61/Herr Hastenteufel erläutert die Planungen zur Aufstockung der Bestandsbebauung im Bereich des Kastorviertels anhand einer Präsentation. Es sei beabsichtigt, durch die Aufstockung 28 neue Wohneinheiten zu schaffen. Sollte ein Stellplatzschlüssel von 1,5 zugrunde gelegt werden, würde dies die Errichtung von 42 Stellplätzen nach sich ziehen. Herr Beigeordneter Flöck erläutert, dass nach der Landesbauordnung die Stellplätze, falls tatsächlich und rechtlich möglich, jeweils auf dem Grundstück errichtet werden, auf dem auch die bauliche Anlage gebaut werde. Dies sei hier der Fall. Die Verwaltung sehe natürlich den Konflikt mit den bestehenden Grünflächen. Es sei aus Sicht der Verwaltung aber nicht vertretbar, auf alle Stellplätze zu verzichten, da ansonsten die zusätzlichen Fahrzeuge den öffentlichen Verkehrsraum und das Anwohnerparken belasten würden. Falls die Politik zugunsten der Grünfläche auf Stellplätze verzichten wolle, sei dies – wenn überhaupt – nur möglich, wenn diese Grünflächen in einem Bebauungsplan als private Grünflächen mit dem Ausschluss von Stellplätzen festgesetzt würden. Die Frage der rechtlichen Zulässigkeit beurteile er sehr kritisch. Jedenfalls müsse der Rat in seiner nächsten Sitzung einen Planaufstellungsbeschluss fassen, um den Bauantrag für die Stellplätze zurückstellen zu können.

Rm Wefelscheid erklärt, dass die Freie Wähler Ratsfraktion den Antrag nicht mitgetragen habe. Die Fraktion Freie Wähler spreche sich für die Erteilung einer Baugenehmigung und den Nachweis der erforderlichen Stellplätze auf den jeweiligen Grundstücken selbst aus. Rm Mehlbreuer spricht sich für den Erhalt der privaten Grünflächen aus. Sie regt an zu prüfen, ob nicht zusätzliche Wohneinheiten errichtet werden können, ohne weitere Stellplätze im Bereich von privaten Grünflächen auszuweisen. Rm Schupp spricht sich dafür aus, dass die Verwaltung die betroffene Bürgerschaft und den Antragsteller zu einem gemeinsamen Abstimmungsgespräch einlädt. AM Kurz hält es für zweifelhaft, dass die private Grünfläche in ihrer jetzigen Form erhalten bleibt, da die gesamte Fläche auch für eine Baustelleneinrichtung benötigt werde. Herr Beigeordneter Flöck erklärt, dass auch die Fläche, auf der die Baustelle eingerichtet werden soll, Gegenstand des Baugenehmigungsverfahrens sei. Rm Mehlbreuer bittet die Verwaltung, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die privaten Grünflächen erhalten werden können. Rm Schumann-Dreyer bittet die Verwaltung, ebenfalls sich möglichst zeitnah mit dem Investor in Verbindung zu setzen. So könne die Verwaltung im Vorfeld der nächsten Ratssitzung die Fraktionen über das Ergebnis des Abstimmungsgesprächs informieren. 61/Herr Hastenteufel weist darauf hin, dass, falls auf den Nachweis von Stellplätzen verzichtet werden solle, dies einen Präzedenzfall darstelle. Ggf. könne der Stellplatzschlüssel auf 1,0 reduziert werden. Rm Baum bittet ebenfalls die Verwaltung, über die Ergebnisse der Abstimmungsgespräche mit dem Investor möglichst zeitnah zu informieren; somit hätten die Fraktionen die Möglichkeit, im Vorfeld der nächsten Sitzung des Stadtrates einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Der Antrag wird zurückgezogen.